



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher, Florian von Brunn, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Digitalkonzept für Schulen erstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in einem Digitalkonzept für allgemeinbildende Schulen einheitliche, verbindliche und ambitionierte Standards für die Digitalisierung in Bayern zu schaffen.

Das Digitalkonzept soll folgende Punkte umfassen:

- leicht zugängliche und kompakte Information für Schulen und Schulaufwandsträger über die Fördermöglichkeiten für Digitalausstattung
- vereinfachte Verfahren zur Antragstellung
- Kommunen mit geringer Personalausstattung und interkommunale Zusammenschlüsse erhalten als Sachaufwandsträger Hilfestellung bei Digitalisierung
- Erstellung eines Plans zur Umsetzung der Eins-zu-eins-Ausstattung mit digitalen Endgeräten, die Ausgabe von Leihgeräten für Lehrpersonal sowie Schülerinnen und Schüler wird forciert
- es werden kurzfristig Systemadministratoren aus- und fortgebildet und langfristig Pool-Lösungen für Spezialisten in Zusammenarbeit mit den Sachaufwandsträgern und kommunalen Gebietskörperschaften erarbeitet
- die Erarbeitung individueller Lösungen durch Schulen wird anerkannt und unterstützt
- Entlastung der Lehrkräfte von reiner IT-Systemadministration

Begründung:

Nach anfänglichen Fortschritten bei der Digitalisierung an den Schulen unter dem Druck der pandemischen Lage stockt nun sowohl die Ausstattung mit technischen Geräten als auch die konzeptionelle Weiterentwicklung von Digitalität. Es besteht die Gefahr, dass die Schulen weiter zurückfallen. Wie die Studie „Digitalisierung im Schulsystem 2021“ ergeben hat, sind die erreichten Fortschritte vor allem engagierten Lehrerinnen und Lehrern zu verdanken, die oft durch Eigeninitiative pragmatische Lösungen vorangebracht haben. Sie haben dabei an ihrer Belastungsgrenze gearbeitet oder sind darüber hinaus gegangen. Dies bedeutet aber auch, dass einige Schulen gut vorangekommen sind und andere weniger. Es ist eine digitale Spaltung entstanden, bei der die einen gut vorankommen und andere zurückfallen. Ganz offensichtlich ist dies bei der Ausstattung mit digitalen Endgeräten, die noch weit von der notwendigen Eins-zu-eins-Ausstattung

entfernt ist. Ziel einer gerechten Bildungspolitik in Bayern ist es, für alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Voraussetzungen für digitale Bildung zu schaffen. Dies ist nur mit bayernweit einheitlichen, ambitionierten und einheitlichen Standards möglich.

Wie dringend ein Digitalkonzept gebraucht wird, lässt sich auch an der International Computer and Information Literacy Study (ICILS) ablesen. Bereits 2013 wurde festgestellt, dass deutsche Schulen im europäischen Vergleich nur mittelmäßig abgeschnitten haben. Die Folgestudie von ICILS konnte keine relevanten Fortschritte bei der Entwicklung der computer- und informationsbezogenen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler feststellen. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat 2017 mit der Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ folgendes formuliert: Bis 2021 soll jede Schülerin und jeder Schüler jederzeit (...) eine digitale Lernumgebung und einen Zugang zum Internet nutzen können. Als Voraussetzungen wurden genannt: Breitbandausbau, Ausstattung der Schule, Inhalte, Plattformen und die Klärung rechtlicher Fragen wie Urheberrecht, Datenschutz sowie Lehr- und Lernmittel. Diese Ziele der KMK sind bei Weitem nicht umgesetzt.